

Stefano Cavazza
Thomas Großbölting
Christian Jansen
(Hg.)

Massenparteien im 20. Jahrhundert

Christ- und Sozialdemokraten,
Kommunisten und Faschisten
in Deutschland und Italien



BAND 5

SCHRIFTEN DER VILLA VIGONI

Franz Steiner Verlag

A U R O R A

Stefano Cavazza / Thomas Großbölting / Christian Jansen (Hg.)
Massenparteien im 20. Jahrhundert



AURORA

Schriften der Villa Vigoni

herausgegeben von Immacolata Amodeo

Band 5

Massenparteien im 20. Jahrhundert

Christ- und Sozialdemokraten, Kommunisten und
Faschisten in Deutschland und Italien

herausgegeben von
Stefano Cavazza, Thomas Großbölting
und Christian Jansen



Franz Steiner Verlag

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Exzellenzclusters „Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und der Moderne“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster aus Mitteln der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder und mit freundlicher Unterstützung des Dipartimento di Scienze Politiche e sociali – Alma Mater Studiorum Università di Bologna.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Satz: DTP + TEXT Eva Burri, Stuttgart

Druck: AZ Druck und Datentechnik, Kempten

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-515-11192-8 (Print)

ISBN 978-3-515-11195-9 (E-Book)

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Stefano Cavazza/Thomas Großbölting/Christian Jansen</i> Einleitung	7
TEIL 1: WEGE UND MODELLE DER VOLKSPARTEI (1890–1930)	
<i>Thomas Welskopp</i> Die deutschen Sozialdemokraten Von der sozialen Bewegung zur Massenpartei	17
<i>Maurizio Punzo</i> Organisieren, um Politik zu machen Die Sozialistische Partei Italiens von ihren Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg.....	31
<i>Antonio Scornajenghi</i> Partito Popolare Italiano: Ursprung und Organisation.....	47
<i>Detlef Lehnert</i> Die „klassische“ Sozialdemokratie als Organisationsbewegung im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik	61
<i>Aldo Agosti</i> Kaderpartei, Untergrundpartei, Massenpartei Die Kommunistische Partei Italiens von den Zwanziger bis zu den Fünfziger Jahren.....	79
TEIL 2: PARTITO NAZIONALE FASCISTA UND NSDAP ALS VOLKSPARTEIEN? (1920–1945)	
<i>Armin Nolzen</i> Mechanismen der Mitgliederintegration in der NSDAP, 1925–1945	95
<i>Susanne Meinel</i> Die Alimentation der Macht Franz Xaver Schwarz und das Amt des Reichsschatzmeisters der NSDAP	109

<i>Loreto Di Nucci</i>	
Zwischen Partei und Staat	
Organisation und Funktionsweise der Faschistischen Partei Italiens	127
 <i>Stefano Cavazza</i>	
Faschismus vor Ort	
Die faschistische Partei auf lokaler Ebene	141
 <i>Chiara Giorgi</i>	
Die Sozialpolitik der faschistischen Partei	157
 TEIL 3: VOLKSPARTEIEN NACH 1945: DURCHSETZUNG UND KRISE EINES ERFOLGSMODELLS? (1945–1995)	
 <i>Paolo Mattera</i>	
Parteiorganisation und Finanzierung	
Eine Fallstudie zur italienischen Sozialistische Partei (PSI)	
von der Einheitsfront zur linken Mitte	175
 <i>Daniel Schmidt</i>	
Von der Kanzlerpartei zur „modernen Volkspartei“	
Neuorientierung und Konflikt in der CDU nach 1969	189
 <i>Rüdiger Schmidt</i>	
„Wer ist denn eigentlich Bürger?“	
Der Wandel der SPD zur Volkspartei nach 1945	199
 <i>Paolo Pombeni</i>	
Die Frage der Volkspartei 1945–1963	215
 <i>Massimiliano Livi</i>	
Das politische System Italiens seit den 1970er Jahren	
Legitimationskrise oder Formwandel der Demokratie?	229
 <i>Thomas Großbölting</i>	
Von der „Krise der Volksparteien“ zum Aufstieg der AfD?	
Fragen und Hypothesen zur Transformation des politischen Systems	
in Deutschland	257
Autorenverzeichnis	267

EINLEITUNG

Stefano Cavazza/Thomas Großbölting/Christian Jansen

Für die Parteiengeschichte ist 2017 ein besonderes Jahr. Nicht Vorgänge in Italien oder Deutschland, sondern politische Entwicklungen in den USA markieren diese Zäsur. Mit Donald Trump erkämpfte sich in den Vereinigten Staaten erstmalig ein Bewerber das Amt des Präsidenten, der nahezu unabhängig von den Großparteien der USA zu den Vorwahlen und Wahlen angetreten war. Das Establishment der Republikaner hatte den Kandidaten allenfalls geduldet, aber keinesfalls uneingeschränkt unterstützt. Noch im Oktober 2016 mutmaßten verschiedene Medien, dass die „Grand Old Party“ eigentlich ohne eigenen Kandidaten sei. Da „trampelt in ihrem Namen ein Mann durchs Land, der sich von der Partei losgesagt hat und allenfalls noch den rechtspopulistischen Teil der republikanischen Wählerschaft und die notorischen Clinton-Hasser repräsentiert. Es ist ein Mann, der sich nur noch um sich selbst schert und dem es völlig egal ist, wen er mit in den Abgrund reißt.“¹ Wie so viele Berichtersteller ging auch dieser Journalist fehl in seiner Prognose: Nicht die demokratische Kandidatin Hillary Clinton, sondern der mehr oder weniger auf eigene Rechnung agierende Donald Trump wurde zwar nicht von der Mehrheit der Amerikaner gewählt, aber doch vor dem Hintergrund des indirekten Wahlrechts von so vielen gewählt, dass er zum Präsidenten der USA gekürt wurde.

Bis heute, so scheint es, ist die republikanische Partei, auf Grund dieses Ergebnisses tief konsterniert, und das, obwohl sie in beide Kammern des US-Systems die Mehrheit hält und sich damit eigentlich auf dem Höhepunkt ihrer Macht befindet. Verschiedene republikanische Parteigrößen haben sich dem President-Elect und dann dem Präsidenten als Berater und Funktionsträger angedient, andere wie der Senator von Arizona und Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei 2008, John McCain, entwickelten sich hingegen zu den größten Kritikern des 45. Präsidenten der USA. Auch wenn generell der Präsident der USA unabhängiger von der Raison seiner jeweiligen Partei agiert, ist gerade Trump völlig ungebunden und damit unabhängig und unkontrolliert zugleich. Mit welchem Konzept und mit welchen Kandidaten die republikanische Partei 2020 in den Wahlkampf ziehen wird, bleibt eine spannende Frage.

In Deutschland und Italien treffen die Vorgänge in den USA auf viel Befremden und haben durchaus unterschiedliche Auswirkungen. In den Vereinigten Staaten hatten Journalisten schon 2015 auf die Ähnlichkeiten zwischen Berlusconi und

1 Hubert Wetzel, Trump zertrümmert die Republikanische Partei, in: Süddeutsche Zeitung, 12.10.2016, S. 4.

Trump hingewiesen.² Weniger in Italien, wo eher die Unterschiede gesehen werden, als in Deutschland fragen sich viele: Ist Trump wie Berlusconi?³ Die meisten sehen den Sieg Trumps als ein weiteres Beispiel einer personenzentrierten Politik, die Italien schon erlebt hat.⁴ In der Bundesrepublik stärkte der Erfolg von Donald Trump einerseits die AktivistInnen von AfD und PEGIDA⁵, die sich in ihrer Elitenschelte, in ihrer Ablehnung des Systems wie auch im ausländerfeindlichen Chauvinismus bestätigt sahen. Andererseits führte der Erfolg Trumps dazu, dass in Meinungsumfragen und Urnengängen die Erfolgskurve der Rechtspopulisten abflachte. Viele der Protestwähler, die mit ihrem Kreuz bei der AfD sich weniger zu deren Positionen bekennen, als vielmehr ihren Protest gegen das „System“, das Establishment und die etablierten Parteien zum Ausdruck bringen wollten, entschieden sich auf Grund der Vorgänge in den USA eher vorsichtiger, machten ihr Kreuz an einer anderen Stelle oder wählten nicht.

Dieser vielleicht am meisten Aufsehen erregende „Fall“ – der Aufstieg des Parteilosen Donald Trump zum mächtigsten Politiker der Erde und dessen Rückwirkungen auf Italien und Deutschland – ist allerdings nur ein Indiz für eine tiefgreifende Veränderung in der Zuordnung von politischer Kultur, Demokratie und Parteien. In der langen Linie des 20. Jahrhunderts sind das Aufkommen Donald Trumps wie früherer (rechts)populistischer Bewegungen, etwa in Italien *Forza Italia*, *Lega Nord*, *Movimento Cinque Stelle* oder in Deutschland „Alternative für Deutschland“ (AfD) nur das Ende einer langen Entwicklung.

Es gibt viele Indizien dafür, dass sich die Rolle der Parteien im politischen System seit den 1980er Jahren verändert hat. Insbesondere die Ära der Massen- und Mitgliederparteien scheint vorbei zu sein, also insbesondere der politischen Organisationen, die sich um möglichst viele Mitglieder bemühen und mit der hohen Zahl

- 2 Frank Bruni, La dolce Donald Trump, in: New York Times, 18.7.2015; Rula Jebreal, Donald Trump Is America's Silvio Berlusconi, in: Washington Post, 15.9.2015; Roger Cohen, The Trump-Berlusconi Syndrome, in: New York Times, 14.3.2016. Die These fand Anklang auch in Europa: John Foot, We've seen Donald Trump before – his name was Silvio Berlusconi, in: The Guardian, 20.10.2016. In Italien berichteten die Zeitungen sofort über diese Interpretationen, ohne aber klar Stellung zu nehmen: Massimo Gaggi, Intervista a Frank Bruni: Prodotto della civiltà televisiva può diventare il Berlusconi USA, in: Il Corriere della Sera, 8.8.2015.
- 3 Giuliano Ferrara, Qualche verità su Trump e Berlusconi, in: Il Foglio, 5.3.2016. In diesem Artikel betonte der Journalist, der auch Minister in der ersten Berlusconi-Regierung war, einige Ähnlichkeiten zwischen den zwei Politikern, aber auch die politischen Unterschiede: Trump sei nach rechts orientiert, Berlusconi sei ein Liberaler. Berlusconi selber hat Ähnlichkeiten mit Trumps Biographie anerkannt, aber auch die politischen Unterschiede klar hervorgehoben: er sei kein rechter Politiker. Siehe das Interview: Francesco Verderami, Analogie tra me e Trump, ma io non sono la destra. Da Obama mondo instabile, in: Il Corriere della Sera, 12.11.2016.
- 4 Die Betonung der „Personenzentrierung“ in der Literatur ist auf die 90 Jahre und auf die Analyse der Berlusconi Erfolg zurückzuführen: siehe Giampaolo Mazzoleni, Towards a Videocracy. Italian political Communication at a turning point, in: European Journal of Communication, 10 (1995), S. 291–319. Siehe auch Donatella Campus, The 2006 election: more than ever, a Berlusconi-centred campaign, in: Journal of Modern Italian Studies, 11 (2006), S. 516–531.
- 5 Über Pegida siehe Hans Vorländer, Maik Herold, Steven Schaller, PEGIDA: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016.

ihrer Mitglieder und Anhänger auch politisch argumentieren – unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung. Sowohl in Italien wie auch in Deutschland schrumpfen die Mitgliederzahl dieser Massen- und Mitgliederparteien seit den 1980er Jahren.⁶ Dass zusätzlich die Wahlbeteiligung sinkt und die Akzeptanz für die Parteien als Träger des politischen Geschäfts nachlässt, ist ein mittlerweile „robustes Phänomen“.⁷ Wenn die Meinungserhebungen weiter differenzieren, stellt sich oftmals heraus, dass der Verdross nicht allgemein dem politischen System gilt, sondern vor allem den Parteien und ihrem Personal.

Hinzu kommen interne Entwicklungen: Die Parteitage als Orte der internen Meinungsbildung gehen in ihrer Bedeutung zurück und avancieren mehr und mehr zu Medienspektakeln, auf denen sich die Parteielite der Wählerschaft präsentiert. Nicht mehr das Geflecht von Ortsvereinen, Kreis- und Landesverbänden mit ihren demokratischen Strukturen, sondern die Medien sorgen für parteiinterne Kommunikation und Willensbildung. Gegenüber den Wählern brauche man zum Regieren eh nur „Bild, BamS und Glotze“, so soll der ehemalige sozialdemokratische Bundeskanzler Schröder kurz nach seiner Wahl gesagt haben und verwies damit auch seine eigene Partei in eine Statistenrolle.⁸

Dabei sind es keinesfalls nur diese inneren Entwicklungen, die die Arbeit der Parteien verändern und schwieriger machen. Politik selbst und ihre praktische Operationalisierung hat sich verändert. Die Komplexität des politischen Prozesses steigert sich, so dass es schwieriger wird, Lösungen zu finden und diese sowohl im Erfolgsfall wie auch beim Scheitern einzelnen Verantwortlichen zuzuschreiben. Zudem hat die Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft die gezielte Ansprache von Kollektiven enorm erschwert. Beide Veränderungen hängen zusammen mit einer zunehmenden Internationalisierung und Globalisierung, die ihrerseits die Grenzen nationaler Politik ebenso verwischt wie übersteigt.⁹ Auch damit stoßen die wesentlich national organisierten Parteien rasch an ihre Grenzen. All diese Indizien deuten auf einen Befund hin, der den Hintergrund für die Beiträge in diesem Buch bildet und den der Politologe Wolfgang Merkel 2013 so formulierte: „Die Hochzeit der politischen Parteien ist mit dem 20. Jahrhundert zu Ende gegangen“ und „Ersatz für das 21. Jahrhundert“ ist „nicht in Sicht“¹⁰.

Diese Krisenbeschwörungen sind ebenso wie die tatsächlichen Krisen nicht neu, im Gegenteil. Und dennoch sind Parteien nach wie vor das institutionelle Rückgrat der politischen Systeme, in Italien und in Deutschland. Es sind die Parteien, die immer noch und anders als in den USA das politische Spitzenpersonal stellen. Sie organisieren die Meinungsbildung im Parlament, sie formulieren im Wahlkampf, aber auch darüber hinaus politische Ziele und stoßen dazu Diskussionen in der Ge-

6 Vgl. dazu u. a. Hubert Kleinert, Abstieg der Parteiendemokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 35–36 (2007), S. 3–11, Zitat S. 3 f.

7 Emanuel V. Towfigh, Das Parteien-Paradox. Ein Beitrag zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratie und Parteien, Tübingen 2015, S. 1.

8 Vgl. Ludwig Watzal, Editorial, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 35–36 (2007).

9 Vgl. Wolfgang Schroeder, Wozu noch Volksparteien? in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 3 (2017), S. 27–30, Zitat S. 27.

10 Wolfgang Merkel, Krise? Krise! In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.5.2013, S. 7.

sellschaft an. An der Oberfläche des Makroblicks zeigt sich vor allem Kontinuität. Die Partei als politische Institution, wie sie sich im 19. Jahrhundert herausgebildet und im 20. Jahrhundert verfestigt hat, ist ein Erfolgsmodell. Darauf verweist schon allein die lange Wirkungsdauer dieser politischen Institution.

Die Väter und die wenigen Mütter des Grundgesetzes haben die Parteien in Artikel 21, Abs. 1, S. 1, GG zwar zurückhaltend, aber im Gegensatz zur Weimarer Reichsverfassung explizit erwähnt. Sie beschreiben Parteien als *eine* (und damit nicht als einzige) Institution, die bei der politischen Willensbildung des Volkes *mit*-wirkt. Die Parteien sind darauf verpflichtet, ihrer „inneren Ordnung“ nach demokratischen Grundsätzen zu entsprechen wie auch über die Herkunft ihrer Mittel und Vermögenswerte Auskunft zu geben. Der Entwicklung der konkreten politischen Ausprägung wird auf diese Weise – insbesondere mit Absatz 3 „Das Nähere regelt das Bundesgesetz“, also das erst 1967 beschlossene Parteiengesetz – einerseits viel Raum und andererseits ein gesetzlicher Rahmen gegeben. Das Fehlen entsprechender Regelungen in der italienischen Verfassungsordnung, vor allem das Fehlen eines Gesetzes, das demokratische Mindestanforderungen an die innere Organisation von Parteien verlangt, sind eine der Hauptursachen der Instabilität des italienischen Parteiensystems und machen einen wesentlichen Unterschied zwischen der politischen Kultur Italiens und der Bundesrepublik aus. „Parteien“ wie *Forza Italia* oder *Movimento Cinque Stelle*, die mit schwach ausgeprägter innerparteilicher Demokratie allein auf eine Person zugeschnitten sind, sind in Deutschland nicht möglich.

Mit Blick in die Zukunft erscheint die starke Verankerung der Parteien in der politischen Kultur Deutschlands manchem Beobachter gar als „alternativlos“. ¹¹ Zwar wird immer wieder über Formen direkterer Bürgerbeteiligung oder auch darüber diskutiert, ob Verbände und andere Zusammenschlüsse aus der Zivilgesellschaft die Funktionen der Parteien übernehmen könnten. Rasch wird aber deutlich, dass damit eine noch viel stärkere Selektion von Beteiligung verbunden wäre, engagieren sich doch hier überproportional die akademischen Mittelschichten. Vielen Beobachtern der politischen Szene erscheinen die Parteien damit nicht nur als Garanten, sondern sogar als Essenz der Demokratie. Sie sollen den Willen der Bevölkerung repräsentieren und zugleich ebenso stabile wie responsive Bindungen in der Gesellschaft schaffen.

Noch stärker als in Deutschland ist in Italien *partitocrazia* (Parteiherrschaft) ein Schimpfwort, das oft im politischen Kampf verwendet wird (obwohl sein Erfinder, der Politologe Giuseppe Maranini, *partitocrazia* als wissenschaftliches Konzept verstehen wollte). ¹² Der verbreitete Unmut über die (angebliche) *partitocrazia* hat zwar historische Traditionen und eine Mentalität, die staatlichen Vorgaben und Institutionen generell skeptisch gegenübersteht, maßgeblich beigetra-

11 Vgl. Schroeder, Wozu noch Volksparteien? (wie Fn. 9), S. 27–30, Zitat S. 28.

12 Damiano Palano, Il giovane Maranini. Appunti per una storia della scienza politica italiana tra le due guerre, in: Teoria Politica 17 (2001), S. 148.

gen.¹³ Aber eine zentrale Rolle hat auch die Wahrnehmung der diffusen Korruption der politischen Parteien und Eliten wie auch des Klientelismus gespielt. Darüber hinaus versuchten die italienischen Verfassungsväter (auch hier waren nur wenige Frauen beteiligt), wenn auch mit politischen Bedenken und ohne parteienfeindliche Absichten, die Macht des Parlaments durch die Einführung von (rein abrogativen) Volksabstimmungen in der Verfassung auszubalancieren.¹⁴ Dieses plebiszitäre Korrektiv des Parlamentarismus stand lange Zeit nur auf dem Papier. Erst in den 1970er Jahren nutzte die außerparlamentarische Opposition Referenden als politische Instrumente, um Entscheidungen der Parlamentsmehrheit zu korrigieren. Nicht selten sind die Betreiber solcher Referenden allerdings spektakulär gescheitert wie etwa der organisierte Katholizismus und die Christdemokraten 1974 beim Referendum gegen das liberale Scheidungsgesetz und 1981 gegen ein liberales Abtreibungsgesetz. Besonders in den achtziger Jahren dienten die Volksabstimmungen als Waffe gegen das Parteiensystem. Nach der Krise der italienischen Parteiensysteme, hat eine Reihe von Referenden 1993/94 entscheidend dazu beigetragen, dass das seit 1946 ausgestaltete Parteiensystem unterging und keine der damaligen Parteien heute noch existiert.¹⁵

Es ist die Ambivalenz von Krise und den damit verbundenen Abgesängen auf die Parteien auf der einen und die hohen Erwartungen auf der anderen Seite, die die Autorinnen und Autoren dieses Buches zusammengeführt hat. Den zunehmenden Krisendiskurs der Parteien seit Ende der 1970er Jahren in Deutschland wie auch den Zusammenbruch der seit Kriegsende dominierenden Parteienstruktur seit 1993 in Italien nehmen wir zum Anlass, die Erscheinungsform der Massenpartei zu historisieren und dabei ihre Leistungen wie auch ihre Grenzen im italienisch-deutschen Vergleich darzustellen. Die lange Linie, die in diesem Buch vom Ende des 19. Jahrhunderts bis hin zum Ende des 20. Jahrhunderts gezogen wird, soll helfen, längerfristige Trends und Entwicklungen zu erkennen und damit das meist kurzfristige Reden von der „Krise der Parteien“ abzulösen durch Untersuchungen, die die Bandbreite der Entwicklung herausarbeiten. Wir konzentrieren uns dabei auf den Typus der Partei, der bis heute besonders prägend und erfolgreich ist, nämlich die Massen- und Mitgliederpartei. Nach und nach löste dieser Typus bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts den älteren Typus der Honoratiorenpartei ab und konnte bis in die 1970er Jahre hinein große Teile der Bevölkerung als Wähler und Wählerinnen, viele auch als Mitglieder integrieren.

Die ersten Massenparteien, die im Rahmen der Fundamentalpolitisierung und der Ergänzung des liberalen Forderungs- und Wertekatalogs durch demokratische

13 Vgl. Christian Jansen, Eine Tradition der Rebellion gegen das staatliche Gewaltmonopol. Italien 1848–1980, in: ders. u. a. (Hg.), Die Rückkehr der Condottieri? Krieg und Militär zwischen Verstaatlichung und Privatisierung im 20. Jahrhundert, Paderborn 2010, S. 189–204.

14 In der Debatte fürchteten einige Abgeordnete davor, dass die Volksabstimmung von Minderheitsparteien instrumentalisiert werden und zu einer Blockade des Gesetzgebungsprozesses führen könnte. Siehe: *Assemblea Costituente, Commissione per la costituzione, Adunanza plenaria, 24, Resoconto sommario della seduta pomeridiana di mercoledì 29 gennaio 1947*, S. 231–233 (Jetzt auch online: http://www.camera.it/_dati/costituente/lavori/Commissione/sed024/sed024.pdf)

15 Näheres in: Christian Jansen, Italien nach 1945, Göttingen 2007, S. 202–228.

Maximen, also seit 1849 entstanden, verwiesen auf die „Quantität“ und führten die hohe Zahl an Unterstützern als Argument für ihre Anliegen (ähnlich wie die zur selben Zeit sehr beliebten Petitionen) in den politischen Diskurs ein. Damit stellten sie das ältere Prinzip der Honoratiorenpartei, das alleine die „Qualität“ (die philosophische oder moralische Begründung eines Argumentes oder das Ansehen derjenigen, die es vertraten) relevant sei, in Frage. Die frühesten Massenparteien in Deutschland verstanden sich aber zugleich als Vertretung nur eines Sektors der Gesellschaft: etwa im deutschen Fall der Centralmährzverein, die erste Massenpartei, als Verteidiger der Revolution gegen die Reaktion, der „Treubund mit Gott für König und Vaterland“ hingegen als Verteidiger der Ordnung gegen die Revolution oder die Sozialisten als Klassenpartei der Lohnabhängigen.

Erst am Ende des 19. Jahrhunderts entstand parallel zum integralen Nationalismus, der die ganze Nation integrieren wollte und sie bisweilen auch bereits als „Volksgemeinschaft“ apostrophierte, eine neue Art von Massenparteien, die explizit klassenübergreifend sein und das ganze Volk organisieren wollte. Allen Unterschieden zum Trotz realisierte sich dieser neue, mit dem Modell der Volkspartei verbundene Anspruch zunächst zu Beginn des 20. Jahrhunderts in katholischen und seit dem Ersten Weltkrieg in faschistischen Parteien: die politische Organisation reklamierte für sich eine nicht klassen- oder interessengeleitete Politik zu verfolgen und die gesamte „Volksgemeinschaft“ zu integrieren, die im deutschen Sprachraum sowohl in der katholischen Volkspartei, dem Zentrum, als auch bei den deutschen Faschisten von der NSDAP zum positiven ideologischen Leitbegriff wurde. Sobald diese die Regierungsverantwortung übernahmen, amalgamierten Partei und Staat tendenziell miteinander. In diesem Prozess lösten sich die in der Opposition gegen das protestantische Deutsche Reich und das liberal-antiklerikale Königreich Italien entstandenen katholischen Parteien (1870 Zentrumsparlei, 1919 Partito Popolare Italiano) als erste vom zuvor dominanten Modell der Massenpartei als Klassenpartei (Konservative als Partei des Adels, des protestantischen Klerus und der Beamten, Liberale als bürgerliche Partei, Sozialisten als Arbeiterpartei).

Während des Ersten Weltkriegs entstand dann in verschiedenen europäischen Ländern ein neuer Typus der klassenübergreifenden Massenorganisation, den man als faschistisch bezeichnen kann: die erste Partei dieses Typs war die kurzlebige Deutsche Vaterlandspartei (1917–18, mehr als 1 Million Mitglieder). Die faschistischen Parteien beanspruchten zwar einerseits, die gesamte „Volksgemeinschaft“ zu integrieren, „das Volk“ als Ganzes zu vertreten und damit andere Parteien überflüssig zu machen. Andererseits war ihre Propaganda wesentlich von verschiedenen „Anti“-s geprägt: Antikommunismus, Antisozialismus, Antisemitismus, Antiliberalismus und Antipluralismus. Für die Phase, in der faschistische Parteien zu Regierungsparteien avancierten, sind insbesondere die erheblichen Unterschiede zu klassischen Parteien in parlamentarisch-demokratischen Systemen herauszustreichen. Für die Zeit nach 1945 ist insbesondere danach zu fragen, welche Überhänge von der Diktatur in die Demokratie in Deutschland wie auch in Italien zu verzeichnen sind und welche spezifischen Neuentwicklungen in beiden Ländern angestoßen wurden. Fluchtpunkt der in diesem Buch versammelten Beiträge ist dann die jew-

eils national unterschiedlich eingefärbte Debatte um die Grenzen beziehungsweise das Versagen der Parteiendemokratie im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts.

Die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes analysieren mit einem transnationalen Blick den Aufstieg und Niedergang des Typus Volkspartei/Massenpartei in Deutschland und Italien während des 20. Jahrhunderts. Das übergreifende Erkenntnisinteresse zielt darauf ab, herauszuarbeiten, ob es spezifische, vielleicht sogar national geprägte Entwicklungspfade, in der modernen Parteiengeschichte gab. Dabei tragen die Beiträge der institutionellen Eigenentwicklung der Organisationen Rechnung, indem sie Parteien nicht allein als aus ihrer weltanschaulichen oder ideologischen Prägung, der Gesellschaft oder den Machtverhältnissen selbst abgeleitete Phänomene erklären, sondern diese als abhängig von „intervenierenden Variablen“ (K. v. Beyme) beschreiben. Dazu gehören neben dem Wandel der „cleavage“-Struktur durch staatliche Wohlfahrtssysteme, der fortschreitenden Entideologisierung oder dem Medienwandel auch politische Rahmenbedingungen wie die Erweiterung des Wahlrechts, die (Nicht)Einführung von Parteiengesetzen, die staatliche Parteienfinanzierung und vieles mehr.

Ein Schwerpunkt der in diesem Buch versammelten Untersuchungen liegt auf der Analyse von innerparteilichen Strukturen wie Organisationsstatuten und -praxis, Mitgliederverwaltung, Alimentierung der Funktionäre, Formen der internen Kommunikation etc. Welche Verfahren entwickelten moderne Massenparteien in verschiedenen Ländern und unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen zur Regelung interner Konflikte (Parteigerichtsbarkeit, Ausschlussverfahren)? Woher kam das Parteivermögen, wie wurde es verwaltet, akkumuliert und wann mit welchen politischen Zielen eingesetzt? Handelt es sich bei der häufig beklagten Vetternwirtschaft um ein Symptom saturierter Parteistrukturen?

Neben solchen klassischen sozial- und parteiengeschichtlichen Fragestellungen, die gleichwohl für die wenigsten Parteien systematisch erforscht und dargestellt sind, erscheinen auch eher kulturgeschichtliche Fragen interessant. Wie ließ sich etwa das Konzept einer lebenslangen Parteimitgliedschaft („von der Wiege bis zur Bahre“) mit den unterschiedlichen politischen Interessen verschiedener Generationen vereinbaren? Wie gelang es modernen Massen- und Mitgliederparteien und insbesondere den Volksparteien, die unterschiedlichen Interessen verschiedener sozialer Gruppen in der Mitgliedschaft zu integrieren? Wie lassen sich Widersprüche zwischen Gruppeninteressen und dem Parteiprogramm harmonisieren? Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen Funktionären und einfachen Mitgliedern? Wie wurden die unvermeidlichen Konflikte zwischen beiden Gruppen beigelegt? Damit werfen die Beiträge, so die Hoffnung aller Beteiligten nicht nur historiographisch neue Fragen auf, sondern bereichern auch die aktuellen Selbstverständigungsdebatten über die politischen Kulturen in Italien und Deutschland.

Im ersten Teil stehen Studien zu den jeweils ersten Massenparteien in beiden Ländern – zu den linken Parteien der Arbeiterbewegung, aber kontrastiv auch zum *partito popolare*, der¹⁶ im fast vollkommen katholischen Italien in weit höherem

16 Durchgängig werden in diesem Buch die italienischen Parteien als Maskulina angesprochen, wie es ihrem grammatischen Geschlecht im Italienischen entspricht.

Maße „Volkspartei“ war, als es die deutsche Zentrumspartei je werden konnte. Da diese ein Stiefkind der neueren Parteiengeschichtsschreibung ist, fehlte sie sowohl 2014 auf der Tagung als auch jetzt im Band, und die italienische Schwesterpartei muss exemplarisch für die Probleme einer katholischen Volkspartei stehen. Der zweite Teil des Buchs beschäftigt sich mit der Zwischenkriegszeit und den seinerzeit in Italien wie dem Deutschen Reich herrschenden Faschistischen (PNF) bzw. Nationalsozialistischen Volksparteien (NSDAP). In den fünf innovativen, den Forschungsstand wesentlich erweiternden Aufsätzen stehen Organisationsstrukturen im Mittelpunkt sowie die Sozialpolitik des PNF, die seine Legitimität als Volkspartei erhöhen sollte.

Die Zeit zwischen 1945 und 1990 war in vielen europäischen Ländern die Epoche der Volksparteien. In diesen Jahrzehnten konnten diese häufig absolute Mehrheiten erzielen, oftmals standen sich zwei große Volksparteien (wie etwa in der Bundesrepublik CDU/CSU und SPD, in Italien der PCI und die Democrazia Cristiana) gegenüber, gewannen insgesamt 70% und mehr der Wähler und banden zugleich eine in die Millionen zählende Mitgliedschaft an sich. Die zunehmende Pluralität der deutschen und der italienischen Gesellschaft, der damit verbundene Wertewandel wie auch die Auflösung der bis dato die Volksparteien tragenden sozialmoralischen Milieus führten zu einer bis heute anhaltenden Krise dieses Parteityps.

Im letzten Abschnitt des Buches nehmen drei Beiträge diesen Gedanken auf und versuchen systematische und vergleichende Perspektiven aufzuzeigen. Während zum einen die Hochzeit der Volksparteien nach 1945 aus der Perspektive ihres Niedergangs neu gedeutet wird, entwerfen die abschließenden Texte jeweils für Italien und für Deutschland einen Ausblick auf Gegenwart und Zukunft.

Obwohl Historiker für die Zukunft eigentlich nicht kompetent sind, sind das Ende der Ära der Massenparteien und der Beginn einer neuen Phase einer Rekonzeptualisierung des Politischen klar erkennbar, deren weitere Entwicklung und Folgen allerdings noch völlig offen sind.

TEIL 1:
WEGE UND MODELLE DER VOLKSPARTEI
(1890–1930)

DIE DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATEN

Von der sozialen Bewegung zur Massenpartei

Thomas Welskopp

1. PIONIERE:

DIE ALLGEMEINE (DEUTSCHE) ARBEITERVERBRÜDERUNG VON 1848

Die deutsche Sozialdemokratie verdankte ihre Existenz nicht der Stiftung eines Vereins, der als „Partei“ auftreten bzw. als solche „gebraucht“ werden sollte, durch Ferdinand Lassalle, wie es die Parteifolklore der SPD 2013, zu ihrem vermeintlichen 150jährigen Geburtstag, noch einmal so penetrant wie falsch beschworen hat. Sie hätte vor zwei Jahren eigentlich ihr 165jähriges Jubiläum feiern können. Aber mit der Fixierung auf Lassalle und seinen *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein* (ADAV) war schon immer in der Sozialdemokratie die Vorstellung verbunden, in diesem Gründungsmoment am 23. Mai 1863 sei ihre „Parteiwerdung“ in einem modernen Sinne zu sehen und dieser Parteibegriff sei mit der straffen zentralistischen Organisation zu identifizieren, die Lassalle den zwölf Delegierten in Leipzig vorschlug – mit sich selbst als auf fünf Jahre gewähltem Präsidenten mit quasi-diktatorischen Vollmachten an der Spitze.¹

Aber was hieß „Partei“ um 1863, was „Organisation“? Warum nannte sich der ADAV nicht „Partei“, sondern „Verein“? Und war er wirklich so straff organisiert – und wenn nicht, wie funktionierte er dann? Die wirkliche erste organisatorische Verfestigung der sozialdemokratischen Strömungen im demokratischen Spektrum war nicht der ADAV 1863, sondern die *Allgemeine (deutsche) Arbeiterverbrüderung* von 1848, konstituiert im zeitlichen Nachklang der Märzrevolution im Umfeld von zwei Arbeiterkongressen in Berlin und Frankfurt am Main. Sofort fällt auf, dass der ADAV 1863 vom Namen her an diese frühere Gründung offenbar anschließen wollte – seiner eigenen Konstituierung war die weitgehend schiefgelaufene „zweite“ Arbeiterkongressbewegung in den deutschen Territorien vorangegangen. Die *Arbeiterverbrüderung* zeigt besser als der ADAV (und auch der nur auf dem Papier), in welchem sozialen und politischen Stellenwert man sich die frühe deutsche Arbeiterbewegung zu denken hat: Entgegen ursprünglich geäußerten Plänen, eine „Arbeiterkammer“ (nach dem Muster des französischen „Arbeitsministeriums“) als „soziales

1 Thomas Welskopp, Diktatur der Einsicht. Die SPD begeht ihren 140. Geburtstag. Was genau kann sie dabei feiern?, in: Berliner Zeitung, 23.05.2003, S. 9; ders., „Die Einigkeit, das ist der Funke, der alles zusammenschmilzt ...“ – Die deutsche Arbeiterbewegung von 1863 bis 1890, in: Durch Nacht zum Licht? Geschichte der Arbeiterbewegung 1863–2013. Katalog zur Großen Landesausstellung 2013 Baden-Württemberg, hg. vom Technoseum Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim, Mannheim 2013, S. 77–108.

Gegenparlament“ zu schaffen, weil Arbeiterinteressen in der seit Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche tagenden Nationalversammlung nicht vertreten waren, einigte man sich auf die Bildung einer Föderation deutschsprachiger Arbeitervereine – wenn man so will, bedeutete das den Abschied von einer „außerparlamentarischen Opposition“ und die Hinwendung zu einem vorpolitischen Lobbyverband.²

Das Berliner, mit der offiziellen Gründung am neuen Vereinssitz dann Leipziger *Zentralkomitee* der *Arbeiterverbrüderung* konnte somit keinerlei Funktion eines politischen Führungsorgans erfüllen. Zwar traten bis zum Frühjahr 1850 insgesamt zwischen 90 und 120 durch autonome lokale Arbeitervereine vertretene Orte mit ihr in Verbindung. 75 lokale Vereine gingen durch ihren Anschluss an das gemeinsame Wanderunterstützungssystem für Handwerksgesellen eine engere institutionelle Beziehung zur Zentrale ein. Die Mitgliederhöchstzahl der *Arbeiterverbrüderung* soll zwischen 18.000 und 20.000 Personen betragen haben, bei einer beträchtlichen Fluktuation.³ Aber das *Zentralkomitee* in Leipzig war weit davon entfernt, diese lokale Vereinsbewegung politisch oder auch nur organisatorisch wirklich führen zu können. Es diente mehr oder weniger als Korrespondenzzentrale, die sich bemühte, die überregionale Kommunikation der Lokalvereine aufrechtzuerhalten und zu koordinieren und diesen nicht zuletzt durch ihr vom 3. Oktober 1848 an erscheinendes Publikationsorgan „Die Verbrüderung“, das von Stephan Born redigiert wurde, die Bestätigung zu vermitteln, Teil einer großen gemeinsamen Sache zu sein.⁴ Ansonsten betrachtete es das *Zentralkomitee* als seine Aufgabe, weitere nationale Arbeiterkongresse vorzubereiten, auf denen dann die eigentlichen organisationspolitischen Beschlüsse gefasst werden sollten. Aber schon der für Juni 1849 einberufene Kongress kam wegen der politischen Wirren der Reichsverfassungskampagne nicht zustande; der im Februar 1850 in Leipzig abgehaltene Kongress, der wegen der einsetzenden Verfolgung bereits konspirativ zusammenkommen musste, zog dann aus der bisherigen Tätigkeit der *Arbeiterverbrüderung* ein bitteres, fast resigniertes Fazit.⁵ Insbesondere sei es ihr nicht gelungen, ihre Agenda auch nur punktuell in den politischen Prozess einzuspeisen. Vielmehr hätte sich die breitere demokratische Bewegung in den revolutionären und nachrevolutionären Konflikten als Konkurrentin um Mitglieder und Sympathisanten erwiesen, deren klare politische Ausrichtung viele Unterstützer von der *Arbeiterverbrüderung* abgezogen habe.⁶

Dies alles belegt die große Distanz der *Arbeiterverbrüderung* von jedem modernen Verständnis von „Partei“. Sie war organisatorischer Ausdruck einer sozialen Bewegung von städtischen Handwerksgesellen, kleinen Meistern und Gewerbetrei-

2 Thomas Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000, S. 32 f.

3 Zahlen nach: Toni Offermann, Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung 1848/49–1860/64, in: Geschichte und Gesellschaft, 13 (1987), S. 419–447 und 426 ff.

4 Horst Schlechte (Hg.), Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung 1848–1850. Dokumente des Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter in Leipzig, Weimar 1979, S. 24.

5 Vgl. Welskopp, Banner der Brüderlichkeit (wie Fn. 2), S. 649.

6 Thomas Welskopp, „Wir nehmen unsere Angelegenheiten selbst in die Hände ...“ – Die deutsche Arbeiterbewegung vor 1863, in: Durch Nacht zum Licht? (wie Fn. 1), S. 31–57.

benden, die sich als „Arbeiterbewegung“ bezeichnete und soziologisch im Kern eine Vereinsbewegung war, welche sich von unten nach oben konstituierte, jeweils in lokalen Verhältnissen wurzelte, aber das über fast sämtliche deutsche Regionen hinweg – eine Lokalbewegung „in allgemeiner Absicht“ also. Auch vom zeitgenössischen Verständnis her konnte die *Arbeiterverbrüderung* als eine Föderation von Vereinen keine „Partei“ sein, hieß das doch lange im 19. Jahrhundert nicht mehr als „Gesinnungsgemeinschaft“. Und als solche waren den Zeitgenossen seit dem Vormärz nur zwei „Parteien“ geläufig: die des „Umsturzes“ – oder der Revolution – und die der „Beharrung“, die konservativ-monarchischen, nach 1848 dann reaktionären Kräfte, ganz gleich wie ihre organisatorische Verortung und Bindung aussah. Dieses polare Parteiensystem konnte sich beispielsweise im Frankfurter Paulskirchenparlament in inoffizielle Fraktionsgemeinschaften ausdifferenzieren, was nichts daran ändert, dass die Vereine der *Arbeiterverbrüderung* sämtlich der „Umsturzpartei“ zuzuschlagen waren, ohne dass dies dem Verband irgendein besonderes politisches Profil verliehen hätte. Deswegen auch die Probleme mit den Mitgliedern und Sympathisanten, wenn die „handfeste“ Politik als Konkurrentin um Loyalität und *Commitment* auftrat.

Ebensolche Vorsicht gebietet der Begriff der „Organisation“. Ich werde im Folgenden – wie bereits zuvor – „Organisation“ im Sinne der aktuellen Organisationssoziologie, also in der Bedeutung der „formellen Organisation“ verwenden, dies aber eingedenk der Tatsache tun, dass die Zeitgenossen in der *Arbeiterverbrüderung* „Organisation“ ganz anders verstanden. Ihre Zielsetzung auf dem Berliner Arbeiterkongress von 1848 bestand in einer „Organisation der Arbeit“, wobei, angelehnt an französische semantische Muster, „Organisation“ nichts formalistisch-bürokratisch Verbandshaftes bedeutete, sondern tatsächlich auf die Restituierung einer „organisch gewachsenen“ Ordnung, hier auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Arbeit anspielte. Die alte Ordnung sei unter dem Druck der kapitalistischen Kommerzialisierung zerbrochen und atomisiert worden; eine neue, wie ehemals „organische“ Ordnung müsse nun durch ein mehrstufiges System hergestellt werden. Bezeichnenderweise blieb die politische Implementierung eines solchen Systems, was den Konsens der politischen Behörden und der Unternehmer vorausgesetzt hätte, offen. Als Schritt zur Anbahnung einer solchen „Organisation der Arbeit“ galt die „Organisation der Arbeiter“, die aber auch nicht die Formation in Vereinen und eine verstärkte Rekrutierung zu diesen meinte, sondern die lokale Formierung nach Gewerken in *Lokalkomitees*, die dann über die Durchführung der „Organisation der Arbeit“ zu wachen gehabt hätten – das war eine Neuauflage älterer korporatistischer Vorstellungen, was das „Organische“ in „Organisation“ noch einmal besonders betont. Zugehörigkeit definierte sich hier nicht über voluntaristische Mitgliedschaft, sondern qua beruflicher Zuordnung. Die eigene Verbandsaktivität beschrieb man dagegen als „Assoziation“, nicht als „Organisation“, die Mitglieder bezeichneten sich als „Vereinsgenossen“, und wenn es um interne Regelungen, um Machtverteilung und Leitungspositionen ging, sprach man von „Verfassung“. Das sollte sich bis weit in die 1870er Jahre hinein fortsetzen.⁷

7 Welskopp, Banner der Brüderlichkeit (wie Fn. 2), S. 647 ff.

2. „SOZIALE BEWEGUNGEN“, „ORGANISATIONEN“ UND „PARTEIEN“

Als „soziale Bewegung“ verstehe ich einen Modus der Mobilisierung und Aktivierung von Akteuren, die ein identitätsstiftendes soziokulturelles Merkmal oder eine sozialpolitische Wertewelt teilen und zumeist bereits in vor-organisatorische Primärgruppen und Personennetzwerke eingebunden sind, zu dem Zweck, einen zahlenmäßig mächtigen kollektiven Akteur zu simulieren und diesem in der medialen Öffentlichkeit Gehör und zum etablierten politischen Betrieb Zutritt zu verschaffen, und sei es um den Preis, das zumeist intransigente „politische Establishment“ regelrecht zu sprengen.⁸ Eine soziale Bewegung ist nicht von vornherein politisch, formiert sich aber stets in politischer Absicht. Sie personifiziert gewissermaßen eine Herausforderung an das politische System. Das kann in die Gründung einer Partei münden, dies ist aber nicht zwingend. Eine soziale Bewegung kommt nie spontan zustande und ist auch keine reine Massenerhebung von unten. Wie gesagt, haben vor-organisatorische Gruppenbildungen, die wie Kristallisationskerne wirken, eine entscheidende Bedeutung. Wo ein solches Vor-Bewegungspotential als Ressource fehlt, ist die Konstituierung einer sozialen Bewegung unwahrscheinlich.⁹ Ferner aber gibt es in jeder sozialen Bewegung organisatorische Kerne, gleichsam „Mikrozellen“, ohne die die überlokale Koordination, die Mobilisierung der „großen Zahl“, die Kommunikation mit den Medien und der Auftritt auf der politischen Bühne undenkbar wären. Gleichwohl sind soziale Bewegungen von einem Überschuss an Bewegungsenergie über organisatorische Verfestigungen gekennzeichnet. Formelle Institutionen sind nicht selten kurzlebig, es treten konkurrierende formelle Führungszirkel in Erscheinung, und weder eine klare Legitimation durch die Basis noch eine eindeutige Mandatierung sind zu erkennen.

Soziale Bewegungen funktionieren nicht über formelle Mitgliedschaften, obwohl es sie bei den organisatorischen Kernen geben mag. In sozialen Bewegungen sind vielmehr Sympathisanten, „Bystanders“, Mobilisierbare und Aktivisten die entsprechenden (informellen) Teilnehmerrollen. Diese können jederzeit wechseln und sind nicht stabil. Aus Sympathisanten, „Bystanders“ und Mobilisierbaren rekrutiert sich die „Masse“ der „großen Zahl“, das jeweilige *face-to-face*-Publikum, das die soziale Bewegung zur Manifestation ihres außerparlamentarischen politischen Gewichts gegenüber Medien und politischem „Establishment“ wie einen öffentlichen Resonanzraum mobilisiert. Die Aktivisten kommen aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen, zum Teil kämpfen sie sich als Milieuführer in der Be-

8 Thomas Kern, *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*, Wiesbaden 2008, S. 122 ff.; Doug McAdam/Sidney Tarrow/Charles Tilly, *Dynamics of Contention*, Cambridge u. New York 2001, S. 47 ff.; Thomas Welskopp, *Anti-Saloon League und Ku Kux Klan: Ressourcenmobilisierung durch „charismatische Verbände“*, in: Jürgen Mittag/Helke Stadtlandt (Hg.), *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft*, Essen 2014, S. 241–268. Vgl. Christian Jansen, *Gab es Soziale Bewegungen in „Deutschland“ vor 1871?* in: Ebenda, S. 41–60.

9 John D. McCarthy/Mayer N. Zald: *The Enduring Vitality of the Resource Mobilization Theory of Social Movements*, in: Jonathan H. Turner (Hg.): *Handbook of Sociological Theory*, New York 2002, S. 533–565, Zitat S. 533.

wegung nach vorn, basierend auf ihrer Autorität in den vor-organisatorischen Primärgruppen und Netzwerken. Sie „ziehen“ die Bewegung, sorgen für Mobilisierungserfolge und treten gegenüber Medien und Politik als Repräsentanten auf. In der Regel sind dies „charismatische“ Persönlichkeiten, die auch einen „charismatischen“ Führungsstil entwickeln, wobei man sich das Charisma nicht als auf eine singuläre Führungsperson verdichtete Eigenschaft zu denken hat, sondern als ein „demokratisiertes“ Charakteristikum, das viele Aktivisten teilen mögen und das zum Beispiel qua rhetorischer Begabung performativ in Aktion gesetzt wird.¹⁰

Die organisatorischen Kerne von Bewegungen sind klar auf die Mobilisierung der Angehörigen und auf die mediale und politische Außenagitation ausgerichtet. Sämtliche Ressourcen werden darauf verwendet. Ein Mitgliedermanagement oder eine auf die Disziplinierung der eigenen Anhängerschaft ausgerichtete Binnenadministration gibt es nicht. Das ist der Unterschied zur „formellen Organisation“, die hauptsächlich auf ebendiese Zwecke ausgerichtet ist. *Idealiter* umfasst eine formelle Organisation alle Angehörigen – es gibt also keinen „Überschuss“ informeller Zugehörigkeit wie bei Bewegungen. Formelle Organisationen definieren die „Mitgliederrolle“, an die bestimmte „Rollenerwartungen“ geknüpft sind, insbesondere solche an den „Eintritt“ und den „Austritt“ der Mitglieder – bzw. die Einschränkung oder gar Verhinderung des letzteren, zumindest aber die Kontrolle darüber. All das dient der Stabilisierung der formellen Organisation über längere Zeiträume und mittelbar der Aufrechterhaltung der organisationsinternen Hierarchie. Angesichts der Kurzlebigkeit der *Arbeiterverbrüderung*, die faktisch nur die zwei Jahre zwischen 1848 und 1850 bestand, und angesichts der Schwäche und Fluidität ihrer zentralen Institutionen, die auf Wandel angelegt waren, schließlich angesichts der hohen Fluktuation sowohl von institutionellen Affiliationen vorübergehend angeschlossener Arbeitervereine als auch unter deren Mitgliedschaft lässt sich die *Verbrüderung* klar dem Muster der sozialen Bewegung und nicht dem der formellen Organisation zuschlagen.

Von „Partei“ soll im Folgenden nicht wie im 19. Jahrhundert als „Gesinnungsgemeinschaft“, sondern in einem gängigen soziologischen Verständnis gesprochen werden. Danach sind Parteien formelle Organisationen, die auf politischen Machterwerb und Machterhalt ausgerichtet sind. Parteien können sich im außerparlamentarischen Vorfeld konstituieren und formieren, drängen aber letztlich in das System des etablierten politischen Establishments hinein – und sei es unter der Parole, dieses umzustürzen. Gelingt der Zutritt zum etablierten politischen System – etwa durch Demokratisierungen des Wahlrechts und die Zulassung zu Wahlkämpfen um parlamentarische Mandate und politische Ämter – kommen Parteien erst zu ihrer charakteristischen organisatorischen Form. Hier ist häufig der Übergang von einer „Bewegungsform“ von Parteien, die diesen Namen bislang nur als propagandistische Parole vor sich her getragen haben, zu einer tatsächlichen „formellen Organisationsform“ von Partei zu beobachten. Dazu gehört eine striktere Erfassung und Diszipli-

10 Thomas Welskopp, *Incendiary Personalities: Uncommon Comments on Charisma in Social Movements*, in: Jan Willem Stutje (Hg.), *Charismatic Leadership and Social Movements. The Revolutionary Power of Ordinary Men and Women*, New York/Oxford 2012, S. 164–179.

nierung der Mitgliedschaft, nicht zuletzt zum Zweck der Ressourcenausstattung mit finanziellen Mitteln, vor allem aber die Ausrichtung der formellen Organisation auf die Durchführung von Wahlkämpfen, die Eliteauslese für Ämter und Mandate sowie die Organisation des parlamentarischen und/oder Regierungsbetriebs.

Das führt noch einmal deutlich vor Augen, dass die *Arbeiterverbrüderung* als soziale Bewegung, nicht aber als Parteibildung anzusprechen ist. Das schmälert freilich nicht ihren politischen Impetus. Wohl aber erlaubt es eine genauere soziologische Einordnung, die auch noch auf die Frühphase ihrer Nachfolger Anwendung findet. Im Fall der *Verbrüderung* kann man im Beobachtungszeitraum zwischen 1848 und 1850 sogar eine „Entparteipolisierung“ feststellen, den die angeschlossenen Vereine im Februar 1850 freimütig konstatierten, um umso dringlicher auf die Prinzipien „Selbstorganisation“ und „Selbsthilfe“ durch vereinsgestützte Sozialpolitik zu setzen. So berichtete der Arbeiterverein Halle an der Saale:

„Halle Arbeiterverein wurde gegründet im Jahre 1848 den 15. October. Er war im Anfang ein rein politischer Verein, jedoch wurden die Mitglieder bald belehrt, daß auf diesem Felde allein kein Heil für sie erwachse, weshalb sie die politische Tendenz ganz aufgaben und es zu ihrer Hauptaufgabe machten, die materiellen Verhältnisse der Arbeiter zu heben.“¹¹

Die Konkurrenz der revolutionären Strömungen und Ereignisse machen die Blockade einer Parteibildung überaus deutlich – die (soziale) „Vereinsbewegung“ geriet in diesen Jahren immer wieder in Gefahr, durch die Revolution und ihre Nachwehen zerrissen zu werden. So berichteten die Arbeitervereine aus dem besonders bewegten Maingau:

Die Schöpfung, Entwicklung, das theilweise Ende und die Wiederherstellung dieser Vereine [des Maingaus] lassen sich kurz und in 3 Epochen fassen, welche heißen: Revolution, Reaktion und Restauration. Als Kinder der Revolution glaubten viele Arbeiter ihrer Mutter treu bleiben zu müssen, besonders als das Bewußtsein reger wurde. So sehen wir sie aus dem bewegten Lebensmeere des Jahres 1848 entsteigen, wir sehen sie im Strome der Zeit des Jahres 1849 theilweise mit fortgerissen und sehen die Trümmer sich wieder sammeln. – Die Septemberepisode 1848 in Frankfurt a. M., der Belagerungszustand daselbst machten den Verein unmöglich. Die badische Erhebung wirkte theils zertrümmernd, theils lähmend auf den Hanauer und Offenbacher Verein; der Verein zu Darmstadt hatte mehr Glück und wurde weniger von den Stürmen erschüttert. – Sie können aber die Überzeugung haben, daß die Entwicklung der umgestalteten Vereine eine rasche sein wird, da sie, wenn auch mitunter arm an Zahl, doch reich an Erfahrungen durch die jüngste Zeit geworden sind und wir also eines praktischen Wirkens gewiß sein können.¹²

Das zeigt aber auch gleichzeitig, dass die in dieser und der späteren Formierungsphase entstandenen Vereine der frühen deutschen Arbeiterbewegung ebenfalls weniger als formelle Organisationen, denn als extrem fluide Gebilde einer dynamischen „Vereinsbewegung“ zu sehen sind.

11 Auszug aus den Protokollen der Generalversammlung deutscher Arbeiter am 20. Februar in Leipzig [1850], in: Dieter Dowe/Toni Offermann (Hg.), *Deutsche Handwerker- und Arbeiterkongresse 1848–52. Protokolle und Materialien*, Bonn 1983, S. 258; Welskopp, *Banner der Brüderlichkeit* (wie Fn. 2), S. 210f.

12 Auszug, S. 263; Welskopp, *Banner der Brüderlichkeit* (wie Fn. 2), S. 210f.

Das gilt selbst für den von Organisationsfetischisten so gepriesenen ADAV. Der entwickelte nämlich entgegen Ferdinand Lassalles Aversion gegen jede unproduktive „Vereinspielerei“ an der Basis seiner großstädtischen „Gemeinden“ ein reges Vereinsleben, was man als performativen Ausdruck einer sich im Spiel selbst beweisenden „Vereinsbewegung“ deuten sollte. Als der Augsburger Tuchscherergeselle Johann Leonhard Wahl, 36jährig, am 21. Mai 1865 eine Rede anlässlich der Stiftungsfeier des ADAV hielt, rühmte er zwar die „ächt demokratische kraftvolle Verfassung“ des Gesamtvereins, betonte dann aber eindrucksvoll das vereinsmäßige Eigenleben einer durch und durch demokratisch verfassten lokalen Gliederung, der die Bezeichnung „Verein“ nur gesetzlich verwehrt blieb:

Bei uns herrscht das freie Wort der Debatte! Dem Geringsten von uns ist das Wort gegönnt; direkt oder auf indirektem Wege, kann und muß jede Frage, sei selbe persönlich oder anonym durch den Briefkasten gestellt, vor öffentlicher Versammlung besprochen und durch Abstimmung entschieden werden; bei Stimmengleichheit wird die Appellation an die höhere Instanz ergriffen und so die Sache zum Austrag gebracht. Wir fürchten keine Kritik, jeder Gegner ist uns höchst willkommen; jedes Problem, das gegnerischerseits in der Arbeiterfrage auftaucht und in der Presse erscheint, wird sofort der Prüfung unterzogen. Außer unserer Literatur werden alle Fragen der Neuzeit pro und contra diskutiert, den Mitgliedern zur Kenntniß gebracht, und somit gewiß eine Bildung angestrebt, die zur Freiheit führen muß.¹³

Die Arbeitervereine selbst bildeten bis zur Zäsur des *Sozialistengesetzes* ein soziales Bewegungselement, wurden aber nach 1867 und bis 1878 zu den organisatorischen Kernen einer sozialdemokratischen sozialen Bewegung, die dabei war, zu einer „Partei“ im oben umrissenen Sinn zu mutieren.

3. VON DER „SOZIALEN BEWEGUNG“ ZUR „PARTEIBEWEGUNG“ BIS 1878

Die deutsche Sozialdemokratie wies von den Anfängen bis zum Beginn des *Sozialistengesetzes* alle zentralen Charakteristika einer sozialen Bewegung auf: eine periodische oder punktuelle, schwer auf Dauer zu stellende Mobilisierung von Teilnehmern, stark fluktuierende Teilnehmerzahlen, *face-to-face*-Veranstaltungen wie „Volksversammlungen“ als wichtigste Betätigungsform, überlokale und überregionale Vernetzung über Medien, Medienpräsenz als Politikziel, ein Überschuss von „Bewegungselementen“ über organisatorische „Kerne“, schnelle Aufstiegschancen für lokale Milieuführer, die entscheidende Rolle charismatischer Führung, wobei die intensive Redekultur der Sozialdemokratie mit ihrer breiten, jedermann möglichen Beteiligung zu einer „Demokratisierung“ von Charisma führte, der „Eventcharakter“ sozialdemokratischer Veranstaltungen, die immer auch Selbstzweck waren: das performative Ausagieren sozialdemokratischer Subjektvorstellungen, die

13 Karl Borromäus Murr/Stephan Resch (Hg.), Lassalles „südliche Avantgarde“. Protokollbuch des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins der Gemeinde Augsburg (1864–1867), Bonn 2012, S. 161 f.

eine Art „Selbstermächtigung“ zu politischem Handeln und politischer Bedeutung beinhalten.¹⁴

Als soziale Bewegung war die frühe deutsche Sozialdemokratie „Assoziationsbewegung“. Ich habe sie auch als „Vereinsbewegung“ und ihre politischen Institutionen als „Vereinsparteien“ bezeichnet. Auch Honoratiorenparteien aber hatten nicht selten Landschaften lokaler Vereine als ihre Basis. Die lokalen Vereine mandatierten und entsandten dann führende Persönlichkeiten – Honoratioren – in die politischen Körperschaften. Für die Sozialdemokratie war die „Assoziation“ zu Vereinen, die „Assoziation“ in Vereinen und Versammlungen, dagegen größtenteils Selbstzweck. Da das Vereinsgesetz lokale Zweigvereine für die Parteien, sofern diese selbst als Vereine aufgestellt waren, verbot, können die lokalen Arbeitervereine und sozialdemokratischen Vereine nicht als formell organisierte Basisgliederungen einer zentral operierenden Partei angesprochen werden. Dem entsprach auch das innere Funktionieren solcher lokalen Vereine, denen eine Mitgliederkontrolle und -disziplinierung nie gelang, und die eine riesige Mitgliederfluktuation zu beklagen hatten. Aus all diesen Gründen konnten die lokalen Vereine auch lange Zeit nicht als Territorialgliederungen der Partei (oder der Parteifractionen) funktionieren.

Die Vereine dienten wie die so genannten „freien Versammlungen“ vielmehr als die Hauptbetätigungsformen der sozialdemokratischen Bewegung. Durch Vereinstätigkeit und Auftritt auf Versammlungen manifestierten sie zugleich den Anspruch auf volle politische Bürgerrechte und Partizipation in den politischen Körperschaften und schufen sich den Eintritt in die Sphäre der politischen Öffentlichkeit, der durch die Gesetze gedeckt war. Straßendemonstrationen oder die symbolische Besetzung öffentlicher Plätze waren gesetzlich verboten – die für eine soziale Bewegung unerlässliche, medial beobachtete Öffentlichkeit wurde mit den Vereinsgründungen und Versammlungsaufrufen gewissermaßen in einem inneren, ummauerten Schutzraum erzeugt und durch performatives Ausagieren als „eigene“ Sphäre immer wieder aufs Neue reklamiert, symbolisch hervorgehoben und reproduziert. Aus einer „praxeologischen“ Perspektive übten die frühen Sozialdemokraten in den Vereinen und auf den „freien“ Versammlungen Politikformen ein, in einem Verfahren des „doing association“, das sie für die Teilnahme an Wahlen und die spätere parlamentarische Tätigkeit bestens vorbereitete.¹⁵

Eine zentrale Funktion für die überregionale Vernetzung dieser an vielen Orten zugleich auftretenden, untereinander aber nur spärlich verkoppelten Assoziationsinitiativen erfüllte die sozialdemokratische Parteipresse. Dabei war der so genannte „Vereinsteil“ der Blätter das wichtigste Instrument, erlaubte er doch den lokalen

14 Thomas Welskopp, *The Political Man: The Construction of Masculinity in German Social Democracy, 1848–1878*, in: Stefan Dudink/Karen Hagemann/John Tosh (Hg.), *Masculinities in Politics and War. Gendering Modern History*, Manchester/New York 2004, S. 257–275.

15 Thomas Welskopp, *Vernetzte Vereinslandschaften. Zur Briefkommunikation in der frühen deutschen Sozialdemokratie*, in: Jürgen Herres/Manfred Neuhaus (Hg.), *Politische Netzwerke durch Briefkommunikation. Briefkultur der politischen Oppositionsbewegungen und frühen Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert*, Berlin 2002, S. 101–115.

Initiativen, ihre Aktivitäten als Bestandteil einer größeren, überregionalen, ja, reichsweiten Bewegung darzustellen und damit sichtbar zu machen. Die rasche Gründung von sozialdemokratischen Lokalblättern in den frühen 1870er Jahren, die die nationale Berichterstattung weiter forcierten und sich nicht etwa provinzialisierten, förderte die Vernetzung lokaler Milieus und deren Ausgreifen ins Umland. Zugleich bot die sozialdemokratische Lokalpresse den Protagonisten regionaler oder lokaler Parteimilieus Brotberufe – oder, anders gesagt: stellte die finanziellen Ressourcen für eine Existenz als Berufspolitiker in Zeiten ohne staatliche Diäten und ohne eine üppig gefüllte Parteikasse zur Verfügung.¹⁶ 1877 waren an den zu dieser Zeit existierenden 41 politischen Zeitungen der vereinigten Sozialdemokratie (*Sozialistische Arbeiterpartei*) 44 zum größten Teil hauptamtliche Redakteure beschäftigt. 25 dieser Zeitungen, überwiegend Lokal- und Regionalblätter, wurden in 14 zu dieser Zeit bestehenden, oftmals eigens zu diesem Zweck gegründeten Genossenschaftsdruckereien hergestellt.¹⁷

Die proliferierende Gründung sozialdemokratischer Lokalblätter in den frühen 1870er Jahren war aber nicht zuletzt eine organisatorische Verlegenheitslösung, um den jeweils sehr wenigen Führungspersonlichkeiten in den lokalen Gliederungen und in den Vereinen eine finanzielle Basis für ihre Aktivitäten zu verschaffen, die sich in der Regel derart häuften, dass an eine „bürgerliche“ Berufstätigkeit, falls sie nicht ohnehin in den Journalismus oder ins Druckgewerbe fiel, zeitlich kaum zu denken war. Das funktionierte mehr schlecht als recht – nicht alle sozialdemokratischen Lokalorgane konnten sich wirtschaftlich tragen. Aber in den vorausgegangenen Jahren vor allem während der Konkurrenz zwischen dem ADAV und der „Eisenacher“ *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (Bebel-Liebke) hatte man mit reisenden Berufsrednern – die auf Zeit angeheuert wurden und daher auf eine Verlängerung ihres Engagements erpicht waren –, so genannten „fliegenden Agitatoren“, überwiegend schlechte Erfahrungen gemacht. Auch konnten diese „Reisekader“ die Erfordernisse der „stabilen“ – ortsfesten – Agitation nicht erfüllen, da sie jeweils nur kurz vor Ort weilten. Diese Erfordernisse nahmen aber mit der Territorialisierung der sozialdemokratischen Basismilieus zu – und die Einrichtung der Lokalblätter war eine – höchst unvollkommene – Antwort darauf. Finanzielle Prekarität und ständige Überarbeitung waren charakteristisch für die in den sozialdemokratischen Parteiorganisationen Beschäftigten.¹⁸

Diese Grundausrichtung begann sich durch zwei Entwicklungen zu ändern: *erstens* durch die seit 1867 regelmäßige Teilnahme der sozialdemokratischen Gruppierungen an den Wahlen zum *Norddeutschen Reichstag*, dann zum *Deutschen Reichstag*, die diese Gruppierungen überhaupt erst zur Partei im klassischen Sinn

16 Thomas Welskopp, Existenzkampf um Abkömmlichkeit. „Berufspolitiker“ in der deutschen Sozialdemokratie bis zum Sozialistengesetz, in: Lothar Gall (Hg.), *Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel*, Paderborn u. a. 2003, S. 185–222.

17 Welskopp, *Banner der Brüderlichkeit*, S. 444 ff.

18 Ebenda, S. 431 ff.

machte¹⁹, und *zweitens* durch die zunehmende Verfolgung, die mit Erlass des *Sozialistengesetzes* die Sozialdemokratie eben jener selbst geschaffenen öffentlichen Sphäre beraubte, in der sie sich als soziale Bewegung entfaltet hatte und in der sie als soziale Gruppierung auch lebensweltlich ihren essentiellen Interaktionsraum besaß.²⁰

4. VON DER „MILIEUPARTEI“ ZUR MILIEUABGESTÜTZTEN „MASSENPARTEI“ VOR DEM ERSTEN WELTKRIEG

Die zwölf Jahre des *Sozialistengesetzes* (1878–1890) brachten dann drei Veränderungen: *erstens* die „Parlamentarisierung“ der Führungsgruppe, aus Selbstschutz, aber auch als Zeichen einer neuartigen organisatorischen Verselbständigung einer professionellen Parteispitze gegenüber der Basis; *zweitens* die „Lokalisierung“ und „Verlebensweltlichung“ der Parteibindungen – aus der „Assoziationsöffentlichkeit“ urbaner Zentren wurden Nachbarschaftsnetzwerke informeller Natur, eine Art „sozialdemokratisches Milieu“ entstand, vor allem an den schon bisherigen Hochburgen der Bewegung; schließlich die Reformulierung des Organisationsbegriffs, der jetzt strategisch auf die planmäßige Durchführung der Wahlkämpfe ausgerichtet wurde. Mit 495.000 (1877) und 437.000 (1878) Stimmen bzw. 9,1 oder 7,6 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen war die Sozialdemokratie vor dem *Sozialistengesetz* sicher noch keine Massenpartei; sie wurde es, aufgrund der Wahlergebnisse, ausgerechnet während der Laufzeit des Ausnahmegesetzes. 1890 erreichte die Sozialdemokratie 1,4 Mio. oder 20 Prozent der abgegebenen Stimmen.²¹

In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg bedeutete „Massenpartei“ noch nicht die organisatorische Durchdringung einer in die Millionen zählenden Mitgliedschaft „von oben“ mit den in der Organisationssoziologie vorgegebenen Zielen einer Überwachung der Erwartungen an die Mitgliedschaft (hier vor allem: Zahlmoral der Mitglieder) bzw. der Disziplinierung der Mitglieder in den Basiseinheiten. Vielmehr existierten eine Reihe urbaner sozialdemokratischer Milieus, eine sich zunehmend in Berlin verselbständigende professionelle Parteiführung und Partielite und Ortsgliederungen mit variierender Mobilisierungskraft nebeneinander. Die lokalen urbanen Milieus blieben weiterhin beruflich sehr heterogen mit starkem handwerklichen Schwerpunkt und bestanden aus lebensweltlichen Nachbarschaftsbeziehungen, die zunehmend durch ein kommerzielles Parteimilieu, gebildet etwa aus den sprichwörtlichen sozialdemokratischen Gastwirten, aus Konsumvorständen etc., integriert wurden. Die lokalen Milieus bildeten die territoriale Gliederung der deutschen Sozialdemokratie ab. In den Wahlen vom Januar 1912 erreichten die Sozialdemokraten ihr bestes Ergebnis vor dem Ersten Weltkrieg, als sie 4,2 Mil-

19 Klaus Erich Pollmann, Arbeiterwahlen im Norddeutschen Bund 1867–1870, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 15 (1989), S. 164–195.

20 Vernon L. Lidtke, *The Outlawed Party. Social Democracy in Germany 1878–1890*, Princeton 1966.

21 Welskopp, *Banner der Brüderlichkeit* (wie Fn. 2), S. 494 ff.